

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff Mittel für Baumpflanzungen und Grünmaßnahmen erhöhen

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 670 Garten-, Friedhofs-, und Forstamt.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	850	0
Jahr 2	850	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	Anl. 5, Pos. 1.1
THH	670 Garten-, Friedhofs-, und Forstamt
(Mitteilungs-) Vorlage	1045/205
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Im Entwurf des Doppelhaushalts 2026/2027 ist vorgesehen, das Budget für Baumpflanzungen deutlich um 950.000 Euro bzw. 1.039.000 Euro zu kürzen.

Angesichts der dringenden Notwendigkeit wirksamer Maßnahmen zur Klimaanpassung sind jedoch viel mehr Bäume im Stadtgebiet erforderlich.

Die geplante Mittelkürzung soll daher revidiert und die Mittel aus dem Baumschutzersatzkonto der Baumschutzsatzung in Höhe von 1,7 Millionen Euro vollständig für zusätzliche Baumpflanzungen zum Hitzeschutz und zur Klimaanpassung eingesetzt werden.

Wir beantragen, das Budget für Baumpflanzungen in den Jahren 2026 und 2027 jeweils um 850.000 Euro zu erhöhen. Damit können rund 350 zusätzliche Bäume pro Jahr gepflanzt werden.

Mit Einführung der stadtweiten Baumschutzsatzung ist zudem mit zusätzlichen Einnahmen zu rechnen; diese sollen für weitere Baumpflanzungen verwendet werden.

Gez.

Gabriele Munk

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende